

Report

Das Abraham-Abkommen: Ein Weg zum Frieden im Nahen Osten?

Bei diesem Report handelt es sich um eine Zusammenfassung des dritten Round Tables des Strasbourg Forum vom 01. Juni 2021. Er behandelt die dort diskutierten außen- und sicherheitspolitischen Einschätzungen zum im Jahr 2020 zwischen Israel und vier arabischen Staaten abgeschlossenen Abraham-Abkommen und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen für Europa.

Das Strasbourg Forum ist ein gemeinsam von ELNET Deutschland und ELNET Frankreich veranstaltetes Gesprächsformat, das deutschen und französischen Parlamentariern und weiteren Experten die Möglichkeit für einen vertieften politischen Austausch bietet. Mit drei virtuellen Round Tables und einem für den Juni 2021 vorgesehenen Summit in Berlin wird so die Möglichkeit für einen neuen deutsch-französischen Impuls für Europas Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen.

Enge diplomatische Beziehungen zwischen arabischen Staaten und Israel waren lange undenkbar. Jahrzehntlang hielt die Arabische Liga an ihrer Doktrin fest, dass eine Anerkennung des Staates Is-

raels an eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gebunden sei. Als Israel in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2020 Friedensverträge mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain, Marokko sowie dem Sudan abschloss, stellte dies eine Kehrtwende in den Beziehungen dar.

Der durch die Abraham-Abkommen verstärkte Normalisierungsprozess arabischer Staaten mit Israel wurde von den Teilnehmern des dritten Strasbourg Forums durchweg positiv bewertet und als möglicher Katalysator für mehr Stabilität und Sicherheit im Nahen Osten identifiziert. Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Aufnahme von Beziehungen zwischen Israel und den VAE, Bahrain, Marokko und dem Sudan das Mächteverhältnis in der Region grundlegend verändert. Dadurch entstehe eine neue Dynamik, die langfristig eine Tür für weiteren Annäherungen arabischer Länder an Israel öffne.

Die Hintergründe

Ein ausgiebig diskutierter Aspekt der Debatte beschäftigte sich mit den Hintergründen, die zum Ab-

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Anerkennung der neuen Realitäten im Nahen Osten, die durch das Abraham-Abkommen entstanden sind sowie ein entsprechendes Umdenken bei neuen strategischen Vorstößen
- Definition einer europäischen Antwort auf die Abraham-Abkommen und daraus folgende Maßnahmen zur Förderung weiterer Friedensabkommen
- Europäische Unterstützung bei der Schaffung einer belastbaren Sicherheitsarchitektur für den Nahen Osten
- Aktive europäische Unterstützung der tiefgehenden wirtschaftlichen Kooperation und Integration der Region

schluss der vier Friedensverträge führten. Ein Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren wurde hierbei sichtbar.

Von Expertenseite wurde darauf hingewiesen, dass sich die Abkommen von den vorangegangenen Friedensabkommen zwischen Israel, Jordanien und Ägypten unterscheiden. Zuerst gab es zwischen den vier Staaten der Abraham-Abkommen und Israel nie einen direkten Konflikt. Erste Schritte hin zu einer Normalisierung wurden bereits Mitte der neunziger Jahre unternommen und wurden sukzessiv ausgebaut. Während das israelische Abkommen mit Ägypten und Jordanien auf Regierungsebene entschieden wurde (G2G), hat nun das Abraham-Abkommen die Basis für die persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den jeweiligen Ländern geschaffen. Die Staaten verbinde außerdem das gemeinsame Ziel, dauerhafte Beziehungen aufzubauen. Die Aufrechterhaltung des Abkommens trotz der erneuten Eskalation des Konflikts zwischen der Hamas und Israel im Mai 2021 wurden als Bestätigung hierfür gewertet.

Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass legitime ökonomische und sicherheitspolitische Interessen die treibende Kraft hinter den Abkommen waren. Als einer der größten Antriebsfaktoren für die Aufnahme von Beziehungen arabisch-sunnitischer Staaten mit Israel wurde die gemeinsame Bedrohung durch den Iran betont. Die Gefahr einer möglichen nuklearen Aufrüstung und die aggressiven iranischen Expansionsbestrebungen in der Region verbinde die ehemaligen Kontrahenten. Außerdem herrsche wenig Vertrauen darin, dass die US-amerikanische und europäische Politik gegenüber dem Iran die Sicherheit in der Region garantieren könne. Die erheblichen Zugeständnisse seitens der damaligen US-Regierung unter Präsident Donald Trump, wie die Anerkennung der Westsahara als integralen Teil des Staatsgebiets des Königreichs Marokko, und Israels Zustimmung zur Lieferung von 35 Kampffjets an die VAE wurden ebenfalls als ausschlaggebend für das Abkommen bewertet. Einige Teilnehmer vertraten daher die Position, dass die Aufnahme offizieller Beziehungen vor allem auch auf nationaler Interessenspolitik basiere.

Im Laufe der Diskussion wurde jedoch immer wieder betont, dass unabhängig von den unterschiedlichen Entwicklungen und Hintergründen, die zu den Abkommen führten, die Normalisierung der Beziehungen ein wichtiger Schritt sei. Jedes Friedensabkommen trage zur Stabilität in der Region bei und ebne den Weg für eine friedliche Koexistenz zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn.

Auswirkungen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt

Besonders von deutscher Seite wurde auf die möglichen Konsequenzen für die israelisch-palästinensischen Beziehungen hingewiesen. Momentan finde eine Normalisierung ohne Einbeziehung der palästinensischen Bevölkerung statt.

Um Frieden und Stabilität in der Region nachhaltig sicherzustellen, sei es wichtig, die palästinensische Bevölkerung langfristig in die Abkommen miteinzubeziehen. Hierfür sei es zuallererst jedoch notwendig, demokratische Wahlen in den palästinensischen Gebieten zu ermöglichen und die Legitimität der dortigen Regierung zu stärken.

Gleichzeitig wurde im Rahmen der Diskussion angeregt, die wirtschaftliche Kooperationen auszubauen, um die palästinensische Autonomiebehörde am ökonomischen Aufschwung teilhaben zu lassen. Der Fokus sollte hier auf den Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung liegen, um diese in den Friedensprozess zu integrieren. Damit könne die Stimmung innerhalb der Gesellschaft zum Positiven beeinflusst, und ein dauerhafter Frieden zwischen der israelischen und palästinensischen Bevölkerung erzielt werden.

Eine Voraussetzung dafür sei es jedoch, dass sich beide Seiten willig zeigen, eine Lösung des Konflikts zu finden. Dafür müsse die palästinensische Regierung an den Verhandlungstisch zurückkehren und bereit sein, die Realitäten vor Ort zu akzeptieren. Gleichzeitig wurde hinterfragt, inwieweit eine Zwei-staatenlösung überhaupt noch umsetzbar sei und stattdessen andere Konfliktlösungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden sollten.

Die Rolle Europas

Ein weiterer zentraler Punkt des dritten Strasbourg Round Tables war der Einfluss, den Europa zukünftig auf den Normalisierungsprozess zwischen Israel und den arabischen Staaten ausüben kann. Die bisherigen Friedensabkommen wurden durch die Vermittlungen der USA angestoßen, ohne dass Europa eine Rolle dabei spielte. Die Reaktionen auf die von Donald Trump als außenpolitischen Coup gefeierten Abkommen blieben in Europa entsprechend weitgehend verhalten.

Hier wurde während der Debatte darauf hingewiesen, dass Europa die durch das Abraham-Abkommen angestoßenen Entwicklungen verpasst habe. Umso wichtiger sei es daher, dass die Europäische Union (EU) und die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten fortan ihr ganzes politisches Kapital einsetzen, um die Normalisierung der Beziehungen zu unterstützen. Deutschland und Frankreich können hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Es sei jedoch entscheidend, dass die EU mit einer Stimme spreche und eine gesamteuropäische Nahostpolitik verfolge. Besonders im israelisch-palästinensischen Konflikt könne Europa eine vermittelnde Rolle übernehmen. Von deutscher und französischer Seite wurde

wiederholt betont, dass der Frieden langfristig nur durch Anwendung eines Bottom-Up-Ansatzes sichergestellt werden kann und das Wohlergehen der palästinensischen Bevölkerung hierbei im Mittelpunkt stehen müsse. Hierfür sei es jedoch wichtig, eine offene Diskussion über verschiedene Konfliktlösungsmöglichkeiten zu führen, die an die Osloer Friedensverträge von 1993 anknüpfen, aber auch die neu geschaffenen Realitäten und Positionen der Akteure vor Ort berücksichtigen.

Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass das Abraham-Abkommen weder mit Erwartungen überfrachtet noch unterschätzt werden darf. Die Annäherungen zwischen Israel und den VAE, Bahrain, Marokko sowie dem Sudan stelle zwar nur einen ersten Schritt dar, könne aber die Vertiefung friedlicher Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern positiv bedingen. Im Hinblick auf die gemeinsamen Werte der Europäischen Union und Israels sollte Europa diese Entwicklungen in Zukunft mit Nachdruck unterstützen. Die Tür für eine weitgehende und nachhaltige Stabilisierung des Nahen Ostens steht weit offen.

Berlin, Juni 2021